

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Zeil, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/382 –

**ERP-Vermögen ungeschmälert für Mittelstandsförderung erhalten**

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans Josef Fell, Matthias Berninger, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/548 –

**ERP-Sondervermögen in seiner Vermögenssubstanz erhalten**

#### **A. Problem**

Entnahme von 2 Mrd. Euro aus dem ERP-Sondervermögen in den Bundeshaushalt; Übertragung des ERP-Sondervermögens an die Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW).

#### **B. Lösung**

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags.

**Mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags.

**Mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 16/382 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 16/548 – abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2006

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Sabine Zimmermann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Sabine Zimmermann

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP – **Drucksache 16/382** – und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – **Drucksache 16/548** – wurden in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde darüber hinaus dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

#### 1. Zu Drucksache 16/382

Die Antragsteller verweisen auf die erheblichen Wachstumsimpulse, die der Mittelstand seit vielen Jahren durch die Förderung über das ERP-Sondervermögen erhält. Nach ihrer Auffassung darf diese Förderung nicht dadurch in Gefahr gebracht werden, dass Teilbeträge des ERP-Sondervermögens zur Haushaltsfinanzierung des Bundes entnommen werden. Es müsse auch künftig das gesamte Sondervermögen in der Verwaltung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie belassen werden und der Einfluss des Parlaments auf die Verwendung des ERP-Sondervermögens durch die jährliche Plenumsdebatte und Beschlussfassung über das ERP-Wirtschaftsplangesetz erhalten bleiben. Nach Auffassung der Fraktion der FDP wäre im Übrigen eine Abführung von Mitteln des ERP-Sondervermögens an den Bundeshaushalt nach der gegenwärtigen Vertragslage ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht statthaft.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/382 verwiesen.

#### 2. Zu Drucksache 16/548

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tritt in ihrem Antrag dafür ein, das ERP-Sondervermögen in seiner Vermögenssubstanz vollständig zu erhalten und die Rechte des Parlaments am ERP-Sondervermögen vollständig zu wahren. Als Alternative zu den Überlegungen der Bundesregierung sei daran zu denken, Kapitalrücklagen in der Bilanz der KfW Bankengruppe, deren Eigentümer das Bundesministerium der Finanzen sei, zur Kompensation einer Kapitalabführung des ERP-Sondervermögens an den Bundeshaushalt zu verwenden. Nach dieser Konstruktion würde das ERP-Sondervermögen 2 Mrd. Euro an den Bundeshaushalt übertragen und das Bundesministerium der Finanzen als Kaufpreis für diese 2 Mrd. Euro ihm gehörende KfW-Kapitalrücklagen an das ERP-Sondervermögen übertragen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/548 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

#### 1. Zu Drucksache 16/382

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 8. Sitzung am 8. März 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 9. Sitzung am 15. Februar 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

#### 2. Zu Drucksache 16/548

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 8. Sitzung am 8. März 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 10. Sitzung am 8. März 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 8. Sitzung am 15. März 2006 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge – Drucksachen 16/382 und 16/548 – in seiner 8. Sitzung am 8. März 2006 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erinnerten daran, dass der engagierte Einsatz für das ERP-Sondervermögen im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie eine lange Tradition vorzuweisen habe. Die Einsetzung eines Unterausschusses „ERP-Wirtschaftspläne“ sei ein wichtiger Schritt, um deutlich zu machen, dass der Einfluss des Deutschen Bundestages und insbesondere auch des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie auf die Verwaltung des ERP-Sondervermögens erhalten bleibe. Die Ausgestaltung im Einzelnen werde gegenwärtig noch durch ein Gutachten geprüft.

Erst wenn die Ergebnisse vorlägen, sei es sinnvoll, sich konkreter festzulegen.

Die **Fraktion der FDP** hielt es für widersprüchlich, wenn die CDU, CSU und SPD einerseits in ihrem Koalitionsvertrag und an anderer Stelle stets auf die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung des Mittelstandes hinwiesen, und andererseits dann in der Praxis Maßnahmen planten, die das ERP-Sondervermögen in seiner Substanz schwächten.

Nach Auffassung der **Fraktion DIE LINKE.** habe sich das ERP-Sondervermögen als sehr erfolgreiches Instrument zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen erwiesen, das nicht verändert werden sollte.

Die Vertreter der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierten, dass mit dem Plan, 2 Mrd. Euro des ERP-Sondervermögens an den Bundeshaushalt zu überführen, an falscher Stelle Haushaltskonsolidierung betrieben werde. Es wäre sinnvoller gewesen, die Mittel für die Förderung des Mittelstandes aufzustocken statt zu kürzen.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 16/382 – zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss ferner mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/548 – zu empfehlen.

Berlin, den 15. März 2006

**Sabine Zimmermann**  
Berichterstatlerin





